

Westricher Rundschau

AKTUELL

Auto in Flammen: Wehr schützt Stromleitung

Völlig ausgebrannt: das Auto zu löschen, war nicht das Problem am Montagabend.

WOLFSTEIN. Das war nicht ohne: Die Rauchsäule haben wir bei der Anfahrt schon von weitem gesehen“, schildert Wolfsteins Wehrführer Ingo Haab. Ein brennendes Auto zu löschen, das war für die Feuerwehr kein Problem. Haarrig war die Angelegenheit am Montagabend, weil das Fahrzeug auf dem Parkplatz nahe beim Umspannwerk Reckweilerhof in Flammen stand – „und die 20-KV-Leitung führte direkt darüber“, wie Haab sagte. Die Wolfsteiner Stützpunktwehr und die Einheit Oberweiler-Tiefenbach waren mit 19 Kräften und fünf Fahrzeugen vor Ort; dank des Aufgebots war die Wasserversorgung gewährleistet für den Fall, dass es schlimmer gekommen wäre. Dies haben die Wehrleute vermeiden können. Um 21.26 Uhr war der Alarm eingegangen. Das Auto hatte auf dem Parkplatz verladen werden sollen. Wie es dabei zu dem Feuer kam, ist noch ungeklärt. Am Dienstag war die Wolfsteiner Wehr schon wieder gefordert: Verstärkt durch Kameraden aus Lauterbach und Kreimbach-Kaulbach löschten insgesamt 26 Einsatzkräfte ab 13.30 Uhr eine mächtige Thujahecke im Stadteil Stahlhausen. |cha

Wahlkampfleiterin der Grünen übelst beschimpft

OBERES GLANTAL. Eine Wahlkampfleiterin der Grünen ist am Wochenende beim Verteilen von Info-Broschüren aufs Übelste beleidigt worden. Die junge Mutter, die so unmittelbar nach dem Vorfall nicht namentlich in der Zeitung stehen möchte, war in ihrem Nachbarort mit dem Kinderwagen unterwegs, um Flugblätter in die Briefkästen zu werfen, berichtet sie auf Nachfrage der RHEINPFALZ: „Ich habe nirgends geklingelt, niemanden gestört.“ Dann sei ein älterer Mann, den sie nicht gekannt habe, zeternd auf sie zugekommen. Er habe das Grünen-Flugblatt in der Hand gehalten, als „Kulturschande“ betitelt, vor ihr auf den Boden geworfen und draufgespuckt. Dann habe er auf den Kinderwagen gezeigt. Als Grüne hätte sie „lieber abtreiben sollen, damit es nicht noch mehr solcher Idioten gibt“. Daraufhin habe sie den Mann stehenlassen, der weiter geschimpft habe. „Ich wusste ja nicht, ob der vielleicht alkoholisiert ist, und bin dann lieber mit dem Kinderwagen weg.“ Als Grüne habe sie sich schon einige Beleidigungen anhören müssen, aber dieser Vorfall habe eine neue Qualität. Das sieht auch Grünen-Kreisprecherin Katja Daish in einer Mitteilung zum Vorfall so: „Wir sind schockiert und entsetzt. In was für einer Welt leben wir! Die junge Frau hat nichts Unrechtes getan.“ Dass Menschen, die bereit sind, ihre Freiheit in Rats- und Fraktionsitzungen zu verbringen und unbezahlt um Wählerstimmen werben, auf offener Straße angeschrien, bedroht und beleidigt werden – „das ist in meinen Augen die wahre ‚Kulturschande‘“, so Daish. Die junge Mutter überlege noch, ob sie Anzeige erstattet. |bgi

SO ERREICHEN SIE UNS

WESTRICHER RUNDschau
Verlag
Pariser Str. 16
67655 Kaiserslautern
0631 3737-0
Telefon:
Abonnement-Service
Web: www.rheinpfalz.de/meinkonto
(Zustellreklamation, Urlaubsservice, Umzug)
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de
Telefon: 0631 3701-6500
Privatanzeigen
Web: www.rheinpfalz.de/anzeigen
E-Mail: kleinanzeigen@rheinpfalz.de
Telefon: 0631 3701-6400
Geschäftszeiten und Prospekte
Telefon: 0631 3701-6800
Fax: 0631 3701-6801
E-Mail: kasserslautern@mediawerk-suedwest.de
Lokalredaktion
Bahnhofstr. 28
56868 Kusel
06381 9212-20
Fax: 06381 9212-27
E-Mail: redkus@rheinpfalz.de

Wieder Wirbel ums Wasser

Die Höhe der neuen, korrigierten Abwassergebühren in der Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan ist jetzt beschlossene Sache. Der Rat hat sich in langer Sitzung auf die Sätze geeinigt. Doch zunächst stand auf der Kippe, dass überhaupt darüber beraten wird. Die SPD hält indes weiter dagegen.

VON MICHELLE PFEIFER

KUSEL. Die zurückgenommenen Wasser- und Abwasserbescheide in der Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan schlugen hohe Wellen: Ein Fehler in der Kalkulation eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens hatte zur Rücknahme der im Februar versendeten Bescheide geführt. Also musste nochmal neu gerechnet werden. Die korrigierte Kalkulation, bei der nun auch aktuellere Daten herangezogen wurden, hatten die Wirtschaftsprüfer bereits am Ausschussvortrag am Montagabend wurden die neuen Berechnungen nun dem Verbandsgemeinderat präsentiert, der nach mehrstündiger Sitzung letztlich grünes Licht gab – wengleich dies anfangs auf der Kippe stand.

Denn gleich zu Beginn der Sitzung in der Fritz-Wunderlich-Halle, zu der ein gutes Dutzend Besucher plus ähnlich viele Verwaltungsmitarbeiter gekommen waren, stellte Thomas Danneck (parteilos) den Antrag, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen. „Ich bin der Meinung, dass die Grundlagen der Satzung nochmals überprüft werden sollen“, argumentierte er. Es solle sichergestellt werden, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, „um das Bestmögliche für die Bürger zu erreichen“. Bürgermeister Stefan Spitzer (CDU) plädierte dafür, das Thema beizubehalten. Es sei der falsche Zeitpunkt, jetzt das System an sich anzugehen. So sei auch keine finanzielle Ausstattung der Werke gegeben. Das Thema werde im neuen Rat sicher nochmal aufgenommen. Mit elf Stimmen für den Antrag, die von Mitgliedern verschiedener Fraktionen kamen, vier Enthaltungen und 14 Gegen-Stimmen wurde Dannecks Antrag letztlich abgelehnt.

SPD verweist auf weitere Widerspruchsgründe

Zwei Wirtschaftsprüfer stellten nun also das Zahlenwerk vor, das von der Kommunalberatung zuvor geprüft worden war. Die Auswirkungen der aktualisierten Daten fasste Spitzer noch einmal zusammen: Die Einmalbeiträge würden im Vergleich zur ursprünglichen Veranlagung ein klein wenig höher, die laufenden Entgelte (Benutzungsgebühr und wiederkehrende Beiträge) dagegen reduziert. Zwar bedeutete die neue Kalkulation eine Verbesserung für die meisten, „aus meiner Sicht ändert sich aber nichts daran, dass es kein gerechtes System ist“, sagte Kurt Droll-Mosel (CDU). Es wäre eine Gelegenheit gewesen, sich grundsätzlich über eine Änderung des Systems Gedanken zu machen, sagte er mit Verweis auf die wiederkehrenden Beiträge

Die Höhe der neuen Gebühren und Beiträge für Wasser und Abwasser in der Kreismitte steht nun fest. Die Verwaltung will nun den Rechner auf ihrer Internetseite wieder scharf schalten.

SYMBOLFOTO: CHA-KRA

(WKb). Horst Flesch (SPD) betonte, dass nicht die Verwaltungsmitarbeiter für den Fehler verantwortlich seien, sondern der Bürgermeister Ansprechpartner für die Opposition sei. Circa 1500 Widersprüche zu den Bescheiden seien eingegangen, sagte Flesch, wobei etliche Bürger womöglich bisher darauf verzichtet hätten. „Wir wissen mittlerweile, dass neben dem großen Problem, dem bekannten Berechnungsfehler, weitere Widerspruchsgründe gegeben sind“, führte der

Fraktionsvorsitzende aus und verwies auf ein Beispiel der Familie eines Fraktionsmitglieds. Zwar könne die SPD derzeit keine weitere Fehlerquelle aufzeigen, jedoch werde vermutet, dass weitere Fehler gefunden werden. Die SPD beantrage daher, die Situation auszuwerten, und vorermeuten Enttäuschungen unserer Bürger die Verwaltungsgrundlage zu überarbeiten“. Flesch wies darauf hin, dass lediglich die neue Kalkulation von der Kommunalbe-

KOMMENTAR

Auf die Finger schauen

VON MICHELLE PFEIFER

Wähler sollten die jeweiligen Parteien und Gruppen nach der Wahl im Juni genau im Auge behalten.

Sind wir mal ehrlich: Die Entscheidung für das neue Entgeltsystem ist längst getroffen. Eine tiefergehende Debatte über die Art des Systems hätte längst erfolgen müssen, nicht erst nach der Unmutswelle, kurz vor der Wahl. Umgangssprachlich würde man sagen: Der Hase ist über die Höhe. Wäre der Berechnungsfehler nicht passiert, hätte es dann jetzt auch eine Offensive gegen das Entgeltsystem an sich mit wiederkehrenden Beiträgen gegeben? Wohl kaum. Wovon aber sehr wohl ausgegangen werden darf: Dass das System vom neu gewählten Rat in Frage gestellt wird, dass Alternativen diskutiert werden. Und das ist auch gut so. Das System ist auf Unverständnis bei vielen Bürgern gestoßen und sollte noch einmal auf den Prüfstand. Im Wahlkampf jedoch ist Obacht geboten. So kurz vor der Wahl versuchen politische Gruppen mit dem Thema zu punkten. Das wurde in der Ratssitzung deutlich. Für Wähler gilt es nach der Wahl am 9. Juni ganz genau zu schauen, wie sich die politischen Gruppierungen um ein bestimmtes, um „Ihr“ Thema bemühen, inwiefern sie vielleicht sogar von ihrer vorherigen Position abrücken. Das gilt im Übrigen nicht nur in puncto Wassergebühren, sondern für alle Themen. Würden die Versprechen eingehalten? Standpunkte geändert? Das gilt es im Auge zu behalten. Nach der Wahl ist vor der Wahl.

rat geprüft worden sei, nicht aber die Flächenermittlung. Er schlug vor, dass einige Flächen von einem Team aus Ratmitgliedern und Verwaltung oder einem Fachbüro geprüft werden.

Dass die SPD-Fraktion nun genauso seine Argumente vorbringe, die er von Anfang an anführe, finde er unglaublich und ungebracht, entgegnete Droll-Mosel (CDU).

Schließlich wurde Manfred Kauer von der Kommunalberatung, die die neue

Kalkulation geprüft hatte, ans Mikrofon gebeten. Er sprach von einem „in sich stimmigen Entgeltsystem“. Die Kosten seien da, für die könne keiner was, betonte er. Diese müssten verteilt werden. Die Gesamtlage schein nun zutreffend zu sein. Einzelfälle müssten aufgeklärt werden, hätten im gesamten Konzept jedoch kaum Auswirkungen, führte er aus und ergänzte: Würde das alte Modell, das bis Jahresbeginn galt, mit den jetzigen Kosten gerechnet, gebe es im Vergleich keine gravierenden Unterschiede. Das System um WKb, das die Kommunalberatung empfohlen habe, funktioniere in vielen Kommunen im Land.

Scharfe Worte der übrigen Fraktionen

Durch das Verteilungsverhältnis, auf das sich der Rat geeinigt habe, werde ein hoher Anteil der Vorhaltekosten für die Wasserversorgung und das Schmutzwasser über die Benutzungsgebühr, also den tatsächlichen Gebrauch, finanziert. Kauer lobte die Vorgehensweise der Verwaltung mit Blick auf den Fehler. „Wiedas kommuniziert und daran gearbeitet wurde, nützt mir Respekt ab.“

Scharfe Worte fand Sebastian Borger (CDU) für den Vorstoß der SPD: „Das weitere Fehlerunterstellt würden, ohne diese zu benennen, schüre weiteres Misstrauen. Dass Fraktionen und Wählergruppen nun gegen das System wettern, dem sie zuvor zugestimmt hatten, sei ungläubig und Mutmaßungen, die genutzt würden, um vor der Wahl Kapital zu schlagen, sprach Klaus Jung (Freie Wähler). Er halte es für sehr sinnvoll, dass in das Thema unbebaute Grundstücke Bewegung komme. Nicht das System um die WKb sei verantwortlich für die Höhe der Entgelte, sondern die hohen Kosten. Jürgen Neu, Sprecher der AfD-Fraktion, schloss sich mit Blick auf die SPD seinen Vorredern an. Es sei nicht fair, sich nun die Hände in Unschuld zu waschen. Eckhard Steuer (Grüne) plädierte dafür, dass Fehlern, die auftrüben, nachgegangen werden müsse. Umso „wasserdichter“ werde das System.

Spitzer erinnerte daran, dass die erneute Überprüfung des neuen Entgeltsystems innerhalb der kommenden drei Jahre bereits Bestandteil des Beschlusses sei. „Jetzt das System verändern zu wollen, halte ich für falsch.“ Dies müsse längerfristig angegangen werden. Mit 19 Ja-Stimmen, neun Gegenstimmen (SPD-Fraktion sowie Droll-Mosel) und zwei Enthaltungen (Danneck und Urschel) wurden die neuen Entgeltsätze letztlich angenommen.

„Parteien im Kreis Kusel verkaufen sich nicht gut“

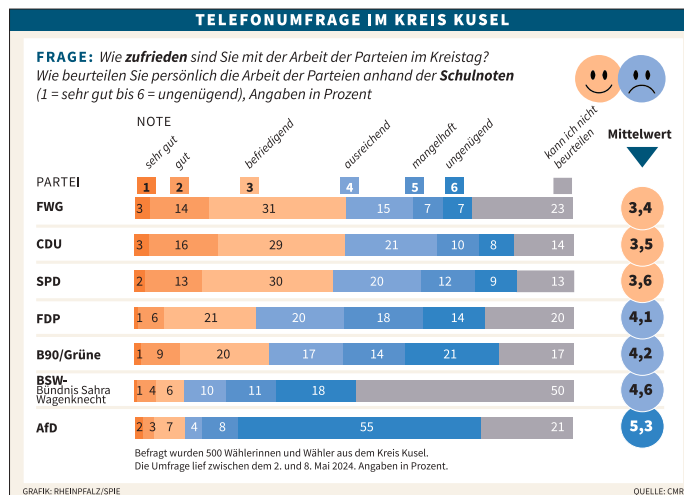
Telefonumfrage: Wählerinnen und Wähler stellen den Kreistagsparteien kein gutes Zeugnis aus

VON BENJAMIN GINKEL

Wie bewerten Wählerinnen und Wähler die Arbeit der Parteien im Kreistag des Landkreises Kusel? Das wollte die RHEINPFALZ in einer telefonischen Umfrage wissen. Das Ergebnis überrascht selbst einen gestandenen Marktforscher.

In einer telefonischen Umfrage des Instituts für Communication & Marketing-Research (CMR) für die RHEINPFALZ ist nicht nur die berühmte Sonntagsfrage gestellt worden („Wenn am kommenden Sonntag der Kreistag gewählt werden würde, welcher Partei beziehungsweise Gruppierung würden Sie Ihre Stimme geben“). Es wurde auch abgefragt, wie zufrieden die Umfrageteilnehmer mit der Arbeit der Parteien sind.

Werner Dieing, Vorstand bei CMR, zeigt sich vom Ergebnis der Umfrage überrascht. „Das sind keine guten Werte, die kommen alle nicht gut weg.“ Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Parteien im Kreistag variiere stark. Während die SPD gemischte Bewertungen erhält, zeigen die CDU und die FWG (Freie Wähler) leicht höhere Zufriedenheitswerte. Auffallend ist laut Dieing jedoch die niedrige Zufriedenheit mit der AfD und Bündnis 90/Die Grünen. Beim Bündnis Sahra Wagenknecht, im Kreistag vertreten durch Andreas Hartenfels, trauen sich die Hälfte der Umfrageteilnehmer keine Beurteilung zu – verständlich, denn die Partei ist nur wenige Monate alt.



Marktforscher Dieing nennt noch einige aus seiner Sicht bemerkenswerte Beispiele: „Bei der SPD beurteilen selbst die, die angegeben haben, sie im Juni wählen zu wollen, die Par-

tei im Mittelwert mit 2,8. Puh. Bei eigenen Anhängern ist das kein guter Wert.“ Ein bisschen besser sehe es bei der CDU (und potenziellen CDU-Wählern) aus: 2,6, ebenso bei der FWG

(und Menschen mit der Wahlabsicht FWG) mit 2,4. Den besten Zufriedenheitswert unter eigenen Wählern erreicht die AfD mit 2,3. Dieing: „Das lässt sich so auch

auf Landesebene beobachten. Die AfD schneidet innerhalb ihrer Wählerschaft immer gut ab.“ Von Wählern anderer politischer Gruppierungen wird die AfD regelrecht abgestraft, besonders FDP- und Wählergruppe Danneck-Wähler stellen der Alternative für Deutschland auf Kreisebene ein schlechtes Zeugnis aus: 5,8 im Mittelwert. Ihrerseits erteilen Menschen, die angeben, dass sie die AfD in den Kreistag wählen wollen, ebenfalls durchgehend schlechte Noten.

Männer und Frauen stellen den Kreistagsparteien in der Regel ein ganz ähnliches Zeugnis aus, der Mittelwert unterscheidet sich nur minimal. Einzige Ausnahme ist die AfD: Bei den Männern liegt der Mittelwert der Noten bei 5,1, Frauen bewerten die AfD mit 5,5 schlechter.

Aus Sicht des Marktforschers könnten alle Parteien in Sachen Öffentlichkeitsarbeit noch mindestens eine Schippe draufsetzen. „Ich glaube, die Parteien im Kreis Kusel verkaufen sich und ihre Inhalte und Positionen nicht gut“, resümiert Dieing.

Für die Umfrage zur Kommunalwahl am 9. Juni hat das Mannheimer Institut für Communication & Marketing-Research (CMR) Anfang Mai 500 Menschen im Alter ab 18 Jahren telefonisch befragt, die im Landkreis Kusel bei der Wahl für den Kreistag wählenbeabsichtigen. Anfragen wurden nur Festnetznummern und Mobilfunknummern nicht lokal vorort sind. Die jüngeren Wähler sind deshalb etwas unterrepräsentiert.